

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 686

Mittwoch, 14. August 2019

26. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Und Präsident ist: Alejandro Giammattei.....	1
Ein Arzt versucht zum vierten Mal Präsident Guatemalas zu werden.....	1
Torres könnte die erste Präsidentin Guatemalas sein.....	2
Dies ist das „sichere Land“, das Morales seiner/seinem NachfolgerIn übergeben wird.....	2
Missbrauch von Prensa Libre, um Fake-News zur PräsidentInnenwahl zu verbreiten.....	3
Egal, wer gewinnt: das Volk erwartet „eher Schlechtes“ oder „sehr Schlechtes“ von ihnen.....	3
MP dokumentiert 27,7 Mio. Q nicht-registrierter Wahlkampfspenden für die UNE 2015.....	3
Verfassungsgericht beerdigt den Fraktionswechsel und beendet die Diskussionen im Kongress.....	4
Erzwungenes Abkommen mit den USA: Guatemala als „sicheres“ Drittland für MigrantInnen.....	5
Kommentar zum Abkommen von Nómada (3. August 2019).....	5
6. August: Nationaler Streik von CODECA und anderen.....	6

Und Präsident ist: Alejandro Giammattei

Guatemala, 12. Aug. - Der konservative Politiker Alejandro Giammattei wird neuer Präsident Guatemalas. Das Wahlamt erklärte ihn per vorläufigem Ergebnis vom Sonntagabend (Ortszeit) zum Sieger der Stichwahl gegen die frühere Präsidentengattin Sandra Torres, die für die Sozialdemokraten angetreten war. Nach Auszählung fast aller Stimmen lag der frühere Chef der Gefängnisverwaltung faktisch uneinholbar bei rund 58 Prozent. Giammattei wird somit im kommenden Januar für vier Jahre das Amt des Staats- und Regierungschefs als Nachfolger von Jimmy Morales antreten. Die Verfassung erlaubt keine Wiederwahl. Morales gratulierte Giammattei in einer Fernsehansprache. "Der Moment Gottes ist gekommen", sagte Giammattei, der bereits bei den drei vorherigen Präsidentenwahlen angetreten war, vor Journalisten. "Wir werden das Land wiederaufbauen." (...)

Gegen Sandra Torres sprach nach Ansicht von Experten der Verdruss vieler Wähler über die traditionellen politischen Eliten, zu denen sie gehört. Dieser äußerte sich auch in der niedrigen Beteiligung an der Stichwahl von deutlich unter 50 Prozent. Von diesen wiederum – so berichtet Prensa Libre – haben 188.000, etwa 5 %, keinem der beiden KandidInnen eine Stimme gegeben. (dpa)

Ein Arzt versucht zum vierten Mal Präsident Guatemalas zu werden

Guatemala, 10. Aug. - Alejandro Giammattei versucht zum vierten Mal Präsident Guatemalas zu werden. Der gelernte Mediziner und konservative Kandidat verspricht die Situation der Armen und den Mangel an Möglichkeiten im Land zu verändern. Daneben glaubt er, die Familie schützen zu müssen, lehnt gleichgeschlechtliche Ehen ab und ist Abtreibungsgegner. Die GuatemalteKInnen werden am Sonntag zwischen Giammattei und die ehemalige Präsidentengattin und Unternehmerin Sandra Torres entscheiden, wer PräsidentIn des Landes sein wird. Giammattei ist 63 Jahre alt und wurde von dem Unternehmer César Guillermo Castillo als Kandidat für die Vizepräsidentenschaft begleitet. Seine neue Partei heisst „Lasst uns gehen für ein anderes Guatemala“ (VAMOS) und wurde 2017 gegründet. Sie definiert sich politisch als mitte-rechts. Sie ist im zweiten Wahlgang die Unterstützung einiger ähnlich orientierter politischer Gruppierungen erhalten. Bei den Kongresswahlen erhielt VAMOS zwar ‚nur‘ 17 von 160 Sitze, ist allerdings dennoch die zweitstärkste Partei. Giammattei leidet an Multipler Sklerose, weswegen er beim Laufen auf Krücken angewiesen ist. Er qualifizierte sich als Chirurg, war Assessor in privaten Unternehmen und hat als Kandidat an den letzten vier Präsidentschaftswahlen (2007, 2011, 2015 und 2019) teilgenommen. 2006 wurde er Direktor des Strafvollzugssystems und während seiner Amtszeit führte der Innenminister die Operation Pavo Real durch, um den Gefangenen die Kontrolle über die Justizvollzugsanstalt Pavón. Tausende PolizistInnen und Militärangehörige stürmten um Mitternacht das Gebäude und erschossen einige Insassen. Daher wurden einige der FunktionärInnen verhaftet, vor

Gericht gestellt und verurteilt, darunter auch Giammattei selbst, der jedoch nach einigen Monaten der Untersuchungshaft vom Gericht freigesprochen wurde. Eine grundlegende Kritik an seiner Partei liegt darin, dass diese sich in ein Zentrum zur Wiedereingliederung von Militärs sein, die an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen sein sollen, sowie von Personen, die den aktuellen Präsidenten Jimmy Morales unterstützen. Neben den oben genannten gesellschaftspolitischen Forderungen will Giammattei Arbeitsplätze, Sicherheit und eine bessere Lebensqualität schaffen. Ausserdem will er einen „Maya-Zug“ aufbauen, ein Hochgeschwindigkeitszug, der überall im Land fahren soll und zwei Gleise haben soll, einen für Waren, den anderen für Personenbeförderung. Zur Frage der Migration versichert Giammattei, dass Möglichkeiten für GuatemalteKInnen geschaffen werden müssten. In Bezug auf die Vereinbarung „Sicheres Drittland“, das die jetzige Regierung mit der US-Administration geschlossen hat [*dazu unten mehr; d.Red.*], sagt er, dass es zu wenige Informationen über die Tragweite, die Finanzierung, den Nutzen und die Verpflichtungen dieser Vereinbarung gebe. Er sagte zugleich, dass die neue Regierung dieses Dokument unterzeichnen müsse, da die alte Regierung ja nur noch sechs Monate im Amt sei. (LH)

Torres könnte die erste Präsidentin Guatemalas sein

Guatemala, 10. Aug. - Unternehmerin, ehemalige First Lady und der Korruption Verdächtige. Sandra Torres könnte die erste Präsidentin Guatemalas werden, einem Land, das mit den Problemen der Armut, der Ungleichheit und der Migration zu kämpfen hat. Wie ihr Gegner ist auch Sandra Torres 63 Jahr alt. Ihr Partner als Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten ist der ex-Aussenminister, Carlos Raúl Morales, mit dem sie 2002 die Nationale Einheit der Hoffnung (UNE) gegründet hat. Eine Partei mit sozialdemokratischer Tendenz, aber konservativ in Fragen der Abtreibung und der gleichgeschlechtlichen Ehe. Die UNE ist mit 52 von 160 Sitzen die mit Abstand grösste und damit wichtigste Kraft im Kongress. Torres hat gesagt, dass ihre politischen Prioritäten in sozialen Themen wie Bildung, Gesundheit, Beschäftigung, Programmen der Inklusion und einer Wiederbelebung der Wirtschaft liegen. Auch von der Gründung einer Nationalen Kommission gegen Korruption ist die Rede. Zugleich ist sie gegen Abtreibung, die gleichgeschlechtliche Ehe und wünscht sich den Schutz der Familie als Institution. Als Unternehmerin ist sie in der Textilbranche (maquilas) tätig. Sie war mit dem ex-Präsidenten Álvaro Colom (2008-2012) verheiratet, von dem sie sich jedoch später scheiden liess. Im Jahre 2011 versuchte sie, erstmals für die Präsidentschaft zu kandidieren, was ihr aufgrund einer Verfassungsbestimmung verwehrt wurde, da Familienangehörige des aktuellen Präsidenten nicht antreten dürften. Zu den Anschuldigungen ihrer GegnerInnen gehört, dass die UNE möglicherweise von Strukturen des Drogenhandels durchsetzt sei, insbesondere in den ländlichen Regionen, wo BürgermeisterInnen mutmasslich Gelder von Drogenkartellen erhalten. So ist z.B. ihre enge Freundschaft mit Erick Súniga, dem Bürgermeister von Ayutla, San Marcos, dessen Auslieferung die US-Anti-Drogen-Behörde (DEA) wegen Drogenschmuggel fordert, ein Makel in ihrer Kampagne. Die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straffreiheit (FECI) beantragte die Aufhebung ihrer Immunität als Präsidentschaftskandidatin, um gegen sie Ermittlungen wegen der nicht-angegebenen Wahlkampfspenden 2015 und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung einleiten zu können (s.u.). Allerdings hat das Oberste Gericht (CSJ) diesen Antrag zurückgewiesen, ohne den Fall näher zu untersuchen. Wegen dieses Falles liegt ein Haftbefehl gegen Mario Leal Castillo vor, der 2015 ihr Kandidat für die Vizepräsidentschaft war. Leal ist derzeit auf der Flucht. Als Gegenmassnahme zeigte Torres den Staatsanwalt, der gegen sie ermittelte, wegen Belästigung an und schaffte es, dass eine Richterin ihr Schutzmassnahmen zukommen liess, nach denen der Ermittler sie und ihre Familie nicht stören dürfe. Torres hat gesagt, dass sie unschuldig sei und dass alle Anschuldigungen politisch motiviert seien. (LH)

Dies ist das „sichere Land“, das Morales seiner/seinem NachfolgerIn übergeben wird

Guatemala, 10. Aug. - Präsident Jimmy Morales wird noch fünf Monate lang die Exekutive führen. Danach wird er den oder diejenige, die den zweiten Wahlgang gewinnt, das Amt übergeben müssen. Aktuell steht er in der Kritik, weil sein Innenminister, Enrique Degenhart, einen Vertrag mit den USA unterzeichnet hat, der Guatemala zu einem „sicheren Drittland“ macht (obwohl die Regierung sagt, dass das Abkommen so nicht heisse). Dies ist die jüngste Handlung seiner Regierung, die für Diskussion gesorgt hat, vornehmlich weil laut MigrantInnen und ExpertInnen das Land weit davon entfernt ist, ein sicheres Land zu sein. Im Gegenteil, der Präsident habe mit seiner Politik zur Unsicherheit beigetragen. Die komplexen Indikatoren sind eine schwere Hypothek für die folgende Regierung, die nun auch noch die Last des Abkommens mit den USA zu tragen habe. Wer zur oder zum neuen PräsidentIn gewählt wird, der oder dem wird ein Land übergeben, das von 2016 bis Juli 2019 15.400 gewaltsam zu Tode gekommene Personen registriert hat, das eine hohe Prozentzahl von unterernährten Menschen zu beklagen hat, die statt zu sinken, angestiegen ist, insbesondere in der Trockenzone. Ein Land, das von Hunger und Armut geschlagen ist und in dem fast 500.000 Erwachsene und unbegleitete Minderjährige an der Südgrenze der USA interniert wurden. AnalystInnen sind sich einig, dass die Unterzeichnung des Abkommens mit den USA über den Staat als sicheres Drittland zu den grössten Fehlern der Regierung Morales gehört. Zudem nennen sie den Kauf der Flugzeuge Pampa III von Argentinien und die ständigen Antriffe gegenüber der Internationalen Kommission gegen Straffreiheit (CICIG), deren Arbeit im September beendet sein wird. Und aus dem Ausland versichern interviewte guatemalteKische MigrantInnen, dass der Nachlass von Morales an die neue Regierung in einer undurchsichtigen Gesetzgebung bestehe und dass er eher mit der Sorge um eigene Interessen befasst gewesen sei und den Kampf gegen Korruption behindert habe. (...)

Jimmy Morales wird morgen wissen, ob er die Amtsgewalt an Sandra Torres von der UNE oder Alejandro Giammattei von VAMOS übergeben muss – und ein Amt mit Indizes, die viele als besorgniserregend begreifen. Die oder der nächste PräsidentIn wird ein Land vorfinden, das im Jahre 2018 laut Transparency International zu den korruptesten Ländern der Welt zählt, nur unterschritten von Venezuela, Nicaragua und Haiti. Morales wurde 2015 gewählt, kurz nach den Protesten der Bevölkerung und inmitten der Korruptionsverfahren gegen ex-Präsident Otto Pérez Molina und ex-Vizepräsidentin, Roxana Baldetti – Ergebnis der Ermittlungen von CICIG und der Staatsanwaltschaft unter Leitung von Thelma Aldana. (LH)

Missbrauch von Prensa Libre, um Fake-News zur PräsidentInnenwahl zu verbreiten

Guatemala, 9. Aug. - Vor wenigen Stunden sei auf einer Webseite, die wie diejenige von Prensa Libre aussah, Fake-News in Bezug auf die anstehende zweite Runde der PräsidentInnenwahl am Sonntag verbreitet worden. Dies zeigte die Redaktion von Prensa Libre an. Die URL, der Seite, die wie die offizielle Seite von Prensa Libre aussah, heisst prensailibre.com (also mit einem *i* mehr als im Original). Laut der Website domaintools.com wurde diese Seite am 7. August erworben. Die Fake-News bezogen sich auf eine angebliche Bitte von Jimmy Morales an sein Volk, für einen bestimmten der beiden KandidatInnen zu stimmen. Die Seite wurde auf Facebook über die Seite *Un País Grande* verbreitet und von dieser bezahlt. Sie hat eine hohe Verbreitung bei den UserInnen erfahren. (PL)

Egal, wer gewinnt: das Volk erwartet „eher Schlechtes“ oder „sehr Schlechtes“ von ihnen

Guatemala, 8. Aug - Obwohl es Unterschiede je nach der Bevölkerungsgruppe gibt, erwarten nur wenige von den beiden KandidatInnen um die Präsidentschaft, dass diese „gute“ oder „sehr gute“ Regierungsarbeit machen werden. (PL). *Auch wenn die Details dieser Umfragen von Prensa Libre nicht frei zugänglich sind, so sagt doch schon die Überschrift einiges über die Stimmung im Lande. Trotz dieser Nichts-Erwartung der GuatemalteKInnen wird in den Medien – warum auch immer - mit einer hohen Wahlbeteiligung gerechnet.*

MP dokumentiert 27,7 Mio. Q nicht-registrierter Wahlkampfspenden für die UNE 2015

Guatemala, 9. Aug. - Vor dem Strafgericht A wurde über die Anschuldigungen gegen den Unternehmer Gustavo Alejos und drei weiterer Angeklagte weiterverhandelt. Dabei geht es u.a. um illegaler Wahlkampfspenden für die UNE. „Wir werden formal Anklage wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, illegaler Wahlkampffinanzierung und Meineid stellen“, erklärte Andrei González von der Sonderstaatsanwaltschaft gegen die Straffreiheit (FECI). Angeklagt sind Gustavo Adolfo Alejos Cambara, Juan Pablo García Castro, Guillermo Alejandro Sierra Sierra und Victor de Jesús Duarte Mendoza, die allesamt am 6. Februar diesen Jahres verhaftet worden sind. Die Untersuchung habe ergeben, dass 2015 nicht-registriert Wahlkampfspenden in Höhe von 27,7 Mio. Q (3,15 Mio. €) an die UNE geflossen seien und nicht – wie bisher dokumentiert – 19,6 Mio. Q (2,23 Mio. €). „In diesem Fall bestätigt sich die Anschuldigung, dass ein hohe Summe von Geldern existiert, die zur nicht-registrierte Wahlkampffinanzierung genutzt wurde, eine Finanzierung, die auf illegalen Handlungen beruht und während der Wahlkampfkampagne 2015 der Nationalen Einheit der Hoffnung verwendet wurde“, sagte González weiter. Die Ermittlungen richtet sich auch gegen Sandra Torres, die damals Präsidentschaftskandidatin dieser Partei war und die nun am kommenden Sonntag im zweiten Wahlgang gegen Alejandro Giammattei (VAMOS) antritt. González kam bei der Überprüfung der Dokumente und Banktransaktionen zu dem Schluss, dass 8,1 Mio. Q (920.000 €) mehr als ursprünglich gedacht geflossen seien: „Das ist der Hauptfund bei unseren Ermittlungen gegen die UNE.“ Die FECI übergab vier Kisten mit insgesamt 343 Dokumenten, die die Ermittlungen unterstützten. Darunter seien 55 ZeugInnenaussagen, nach denen „Alejos und Mario Leal – Vizepräsidentenskandidat der UNE 2015 und derzeit in den USA ansässig, da in Guatemala ein Haftbefehl besteht – verschiedene Personen anriefen, damit diese Geld für die Kampagne beitrügen“, sagte González. Weiterhin gebe es 41 materielle Beweismittel, etwa Telefongespräche und 247 schriftliche Dokumente.

Der Fall

Die Ermittlungen erwuchs aus einem anderen Fall, der als „Händler der Einflussnahmen“ bekannt ist. Dabei ging es um geschäftliche Aktivitäten am Rande des Gesetzes mit dem Ziel, dass Unternehmen Steuererleichterungen erhalten. Zwei Unternehmen - Ingeniería Integral und Grupo Empresarial San Felipe, liessen 19.6 Mio. Q (2,23 Mio. €) an die Partei fließen, die laut der Ermittlungen 2015 nicht der TSE gemeldet worden sind. Die zweite erwähnte Firma ist demnach mit der Familie Leal verbunden. Nun wurde ein weitere Tranche in Höhe von 8,1 Mio. (920.000 €) entdeckt. Laut dem leitenden Staatsanwalt der FECI, Juan Francisco Sandoval, lag der gesetzlich festgelegte Höchstbetrag für Parteispenden bei 60 Mio. Q (6,825 Mio. €) , die UNE habe für ihren Wahlkampf 2015 48 Mio. Q (5,46 Mio. €) gemeldet (...).

Wegen illegaler Wahlkampffinanzierung 2015 beantragt MP Auflösung der UNE

Die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straffreiheit (FECI) untermauert seine formalen Anschuldigungen gegen Mitglieder der Partei UNE. Der Sonderstaatsanwalt, Andrei González, erklärte, dass er bei der obersten Wahlbehörde (TSE)

beantragen werde, die Partei Nationale Einheit der Hoffnung (UNE) nach dem zweiten Wahlgang aufzulösen, da während der Wahlkampagne von 2015, an der Sandra Torres und – der aktuell flüchtige – Mario Leal als KandidatInnen der UNE auftraten, nicht angegebene Spenden geflossen seien. Wie oben bereits gesagt, ist die Summe der dokumentierten nicht-registrierten Wahlkampfspenden auf 27,7 Mio. Q (3,15 Mio. €) angestiegen. „Das Gesetz über Wahlen und die politische Parteien ist klar darin, dass jene politische Gruppierungen, die die Bestimmungen zur Finanzierung der Parteien und ihrer Wahlkämpfe nicht respektieren, vom TSE aufgelöst werden können“, sagte González. Sofern die TSE nicht selbst tätig werde, sei es an der MP, diese zu beantragen.

Diese unangenehme Entscheidung wurde kurz vor der zweiten Wahlrunde zur PräsidentInnenwahl zwischen Sandra Torres (UNE) und Alejandro Giammattei (VAMOS) bekannt gemacht. (PL)

Verfassungsgericht beerdigt den Fraktionswechsel und beendet die Diskussionen im Kongress

Guatemala, 9. Aug. - Bereits am 1. Mai diesen Jahres haben die VerfassungsrichterInnen eine Verfassungsklage gegen Artikel 205 des Gesetz über die Wahlen und politischen Parteien abgewiesen. Dieser handelt vom Umgang mit dem Fraktionswechsel (tranfugismo). Das Urteil wurde jedoch erst am 9. August bekannt gemacht. Die nun abgewiesene Verfassungsklage stammte von dem Anwalt Ragde Rivera Aquino und richtete sich gegen Artikel 44 des Dekretes 26-2016 des Kongresses. In dem besagten Artikel 205 des Gesetzes über Wahlen und politische Parteien heisst es: „Unter einem Fraktionswechsel verstehen wir eine Handlung, in der ein/e Abgeordnete/r aus jener Partei austritt, für die er in das Parlament gewählt wurde oder bereits aufgrund einer Wahl für eine bestimmte Periode im Amte ist und in einem der etablierten Organe zugeordnet werden wird, automatisch sein Amt im Kongress verliert, das er aufgrund seiner Wahl für diese Partei bekleidet; der Austretende kann für kein Amt innerhalb des Kongresse mehr antreten.“ Zudem heisst es in dem Artikel weiter, dass „politischen Organisationen und Fraktionen des Kongresses verboten ist, andere Abgeordnete aufzunehmen, die für eine andere politische Organisation gewählt worden sind“. Gerade dieser Paragraph störte viele PolitikerInnen und regte einige an, Verfassungsbeschwerde dagegen einzulegen. Eines der Hauptargumentes von Rivera Aquino war, dass der Kongress, damals geleitet von Mario Taracena von der UNE „diese Reform mit einem anderen Text verabschiedet habe, der nicht vom Verfassungsgericht angenommen worden war und sich von dem Verfassungsgerichtsurteil unterschied“. Dieser Streit hat ihre Grundlage darin, dass an dem Tag, an dem das Dekret verabschiedet worden war, ein Paragraph gestrichen wurde – der da lautete: „Das Verbot gilt für drei Jahre nach den Wahlen“. Aufgrund dessen ist der Anwalt der Ansicht, dass ein neues Urteil des Verfassungsgerichts notwendig sei.

Dadurch werde der Gehalt nicht verändert

Im Verfassungsgerichtsurteil steht, dass „die Möglichkeit besteht, dass innerhalb eines Gesetzesprozesses, die Verfassungstexte verändert, auch nach einem Gerichtsurteil, Gesetzesartikel vorgetragen und diskutiert werden, die im Falle einer Verabschiedung ein neues Urteil erfordern könnten“. Dies sei jedoch in diesem Fall nicht so, da „die hier eingebrachten Änderungen den Sinn des vorherigen Urteil nicht tangieren“. Weiter heisst es, dass „die Streichung einer Zeitangabe, wie lange das Verbot anhält, widerspricht nicht den Verfassungsbestimmungen, die der Kläger anspricht. Daher ist bei dieser Norm keine formale Verfassungswidrigkeit gegeben“. Daher werde die Klage abgewiesen. Damit dürfte auch die Verfassungsdebatte unter den GesetzesgeberInnen, die seit 2018 anhält und für einen Fraktionswechsel eintritt, vorläufig beendet sein. Das Urteil bestätigt auch, dass in der nächsten Legislaturperiode keine Fraktionswechsel geben dürfen, weil jeder Abgeordnete, der die Partei, für die er gewählt wurde, verlässt, als Unabhängiger erklärt wird und damit kein Amt im Kongress mehr ausüben und keiner anderen Fraktion beitreten oder eine neue Fraktion mit anderen begründen kann. *[An dieser Stelle wiederholt der Artikel der Prensa Libre die Versuche des vergangenen Jahres, den Transfugismo wieder zu legalisieren. Die Redaktion verweist auf ;Fijáte! 668, wo wir dies unter dem Titel „Verhandlungen über eine Rückkehr des Transfugismo durch Verrat gescheitert“ publiziert haben.]*

15 Fraktionswechsler haben die Wiederwahl geschafft

Nach der Definition des Wahlgesetzes sind von den aktuell 158 Abgeordneten 77 FraktionswechslerInnen, also mit 49 % fast die Hälfte. Von diesen 77 haben 38 versucht, wiedergewählt werden zu werden. Aber laut offiziellen Informationen der Wahlbehörde TSE haben es nur 15 geschafft, das heisst, nur 39 % der FraktionswechslerInnen, die die Wiederwahl versucht hatten, sind auch wiedergewählt worden. Diese 15 wiederum machen 30 % der 50 Abgeordneten aus, die insgesamt wiedergewählt worden sind und nur neun Prozent aller Abgeordneten der neuen Legislaturperiode, der neunten seit Wiedereinführung der Demokratie.

Es handelt sich dabei um die folgenden 15 Abgeordnete:

Fidel Reyes Lee	BIEN, zuletzt UNE
Andrea Beatriz Villagran Anton	BIEN, zuletzt TODOS
Luis Alberto Contreras Colindres	CREO, zuvor MR und PP
Rudy Berner Pereira Delgado	FCN-Nacion, zuvor UNE
Sandra Patricia Sandoval González	FCN-Nacion, zuvor TODOS
Joel Ruben Martinez Herrera	FCN-Nacion, zuvor LIDER
Julio Cesar Longo Maldonado	FCN-Nacion, zuvor LIDER

Edgar Eduardo Montepeque González	FCN-Nacion, zuvor LIDER	
Hernan Moran Mejia	PC, zuvor FCN-Nacion und LIDER (laut Kongress: UCN)	
Jose Alejandro de Leon Maldonado	PODEMOS, zuvor UNE/MR und LIDER	
Boris Roberto Espana Caceres	TODOS, zuvor MR, PP	
Karla Andrea Martinez Hernández	UCN, zuvor AC und LIDER	
Sofia Jeaneth Hernández Herrera	UCN, zuvor AC und LIDER, PP	
Dalio José Bereondo Zavala	UNE, zuvor LIDER	
José Ines Castillo Martinez	UNE, zuvor LIDER	(PL)

Erzwungenes Abkommen mit den USA: Guatemala als „sicheres“ Drittland für MigrantInnen

Washington/Guatemala, 26. Juli - US-Präsident Donald Trump erklärte auf einer Pressekonferenz im Oval Office, dass er ein Abkommen mit Guatemala unterzeichnet habe, dass dieses Land zu einem "sicheren Drittland" mache, eine Aussage, die einer Mitteilung der guatemaltekischen Regierung widerspricht, nach der es sich bei diesem um ein "Abkommen über die Zusammenarbeit bezüglich der Untersuchung von Schutzgesuchen" handele. Trump sagte, dass er im Beisein des guatemaltekischen Innenministers, Enrique Degenhart, die Unterzeichnung eines Abkommens über Asyl und sicheres Drittland geschafft habe, nachdem vierzig Tage darüber diskutiert worden war. Details über das Abkommen wurden nicht verlautbart. Bei unterschiedlichen Gelegenheiten und auf Nachfragen von JournalistInnen hat die Regierung dementiert, dass sie die Unterzeichnung eines Abkommens über ihren Status als sicheres Drittland prüfen würde.

TRUMP sagt, Morales sei ein Freund der USA

Präsident Trump, der diese Woche Guatemala damit drohte, Steuern auf Remesas und Zölle zu erheben, sagte, dass Präsident Morales ein Freund der USA und weit davon entfernt, deren Feind zu sein. Der kommissarische Sekretär für die Nationale Sicherheit, Kevin McAleenan, lobte ebenfalls die führende Rolle von Degenhart bei den Verhandlungen. Degenhart war in der vergangenen Woche nach Washington gereist. Das Abkommen würde bedeuten, dass MigrantInnen aus Honduras und El Salvador, die Asyl in den USA beantragen, nach Guatemala geschickt werden und dort auf den Asylprozess zu warten – was Guatemala zu einem sicheren Drittland machen würde. Das Oberste Gericht Guatemala entschied bereits kurz zuvor, dass dieses Abkommen vom Kongress ratifiziert werden müsse. Viele soziale Bewegungen, aber auch die Katholische Kirche lehnen ein solches Abkommen ab. Sie war beispielsweise ein Teil der Forderungen des sog. Nationalstreiks am 6. August, den CODECA und weitere Bewegungen organisiert hatten (s.u.).

Kommentar zum Abkommen von Nómada (3. August 2019)

Donald legte Guatemala die Pistole auf die Brust: Ihr akzeptiert, dass ihr unserer Gefängnis für MigrantInnen werdet oder wir bringen eure Wirtschaft in Not. Deshalb hat Jimmy Morales Enrique Degenhart nach Washington geschickt, um den Vertrag zu unterzeichnen. Zu den Druckmassnahmen gehörten die Suspendierung von Entwicklungsprojekten der USAID (diese lag nur im Jahr 2018 bei 144 Mio. US-Dollar), Zölle auf guatemaltekische Exporte und eine Erschwerung der Übersendung der remesas von GuatemaltekinInnen in den USA. Beide Punkte stehen für 17 % der Wirtschaftsleistung Guatemalas (insgesamt: 76.817 Mio. US\$); aufgeschlüsselt: Remesas (2018): 9.288 Mio. US\$ = 12% des BIP; Exporte in die USA (2018): 3.845 Mio. US\$ = 5% des BIP nach Zahlen der Banguat).

Das Freihandelsabkommen DR-CAFTA und die Welthandelsorganisation (WTO) bestrafen einseitige Zollaufgaben, aber Trump nutzte dafür die Formel des „nationalen Notstandes“. Die ExporteurInnen fürchteten sich davor, weil 1.100 Unternehmen mit 500.000 Beschäftigten davon betroffen gewesen wären. Der wirtschaftliche Verlust wäre beträchtlich gewesen. ExpertInnen glauben, dass es keine rechtliche Grundlagen in den USA gibt, um die Remesas zu erschweren, aber faktisch hätte Trump sie einführen können. Guatemala ist nach Mexiko das Land in Lateinamerika mit den höchsten Einnahmen durch Remesas. Die Mehrheit der Gelder stammt aus den USA. Diese werden – laut CONAMIGUA - in ihrer Mehrzahl dazu verwendet, Konsumprodukte und Baumaterialien zu kaufen.

Der US-Kongress könnte den Plan von Trump stoppen, wenn beide Kammern eine gemeinsame Resolution verabschieden würden, in der diese im Rahmen eines Nationalen Notstandes getätigten Politik ausser Vollzug gesetzt würde. Dafür würden die Stimmen von 290 von 435 Kongressabgeordneten und 67 von 100 SenatorInnen nötig sein.

Falls die wirtschaftlichen Sanktionen nicht ausreichen, könnte Trump auch die Einreise von GuatemaltekinInnen in die USA grundsätzlich verbieten. Was wird die Grenze dieser Erpressungspolitik von Trump sein?

Um sicher zustellen, dass Guatemala nicht zurückweicht, schickte er den oben erwähnten Sicherheitsberater, Kevin McAleenan, nach Guatemala. Dort traf dieser sich mit Jimmy Morales und seinem Kabinett – und mit beiden verbliebenen PräsidentschaftskandidatInnen und anderen Sektoren, um diese von dem Abkommen zu überzeugen. Sowohl Torres wie Giammattei hatten sich nach der Unterzeichnung gegen das Abkommen geäußert. Die Mission von McAleenan ist es, sie zu bekehren, ihnen die Vorzüge zu erklären, die nur die USA und Jimmy erkennen können, und dafür zu sorgen, dass das Abkommen von den neuen Regierungen (egal unter wessen Ägide) torpediert wird.

Das Abkommen des sicheren Drittlandes hat scharfe Reaktionen in verschiedenen Sektoren des Landes hervorgebracht. Die Angst, dass die Wirtschaft durch die Drohungen von Trump im Falle einer Nicht-Unterzeichnung leidet, hat viele UnternehmerInnen dazu getrieben, Jimmy anzuhalten, zu unterschreiben. Aber erinnern wir uns, dass Trump

der am wenigsten vertrauenswürdige Mensch dieses Planeten ist – darin nur mit Jimmy Morales, Jairo Bolsenaro (Brasilien) oder Rodrigo Duterte (Philippinen) vergleichbar.

Wenn sie schon jetzt ein- bis zweitausend Personen zurückschicken können, warum nicht auch hundert- oder zweihunderttausend Personen. Die USA verpflichten uns, diese Personen aufzunehmen und dass – Dank der Regierung von Jimmy Morales – ohne irgendeine Gegenleistung, ohne irgendeinen Centavo. In dem Abkommen ist keinerlei US-Unterstützung enthalten. Und das lässt uns fragen, warum Jimmy Morales und Degenhart ein Abkommen unterzeichnet haben, das für Guatemala so schädlich ist, wenn wir schon jetzt nicht in der Lage sind, allen GuatemalteKInnen ein würdiges Leben zu garantieren. Warum müssen wir dann weitere 250.000 Menschen aufnehmen, wenn wir ihnen keine Würde oder anständige Behandlung geben können?

6. August: Nationaler Streik von CODECA und anderen

Guatemala, 7. Aug. - Die soziale Bewegung CODECA unter Führung der MLP-Präsidentschaftskandidatin, Thelma Cabrera, hat gemeinsam mit vielen anderen Bewegungen an 26 Punkten im Land Strassenblockaden und Demonstrationen unter den Hashtags #ParoNacional oder #MeSumoAlParo (ich unterstütze den Streik) organisiert. Warum?

„Guatemala ist nicht mehr zu ertragen. Sich dem Streik anzuschliessen bedeutet, die Territorien gegen die wenigen Reichen, die glauben, die BesitzerInnen unserer Zukunft zu sein, zu verteidigen. Wir wählen die Würde an den Urnen, nun tun wir dies auf den Strassen. Die Zeit des Volkes ist gekommen, die Zeit der Hoffnung.“, so heisst es in Posts auf Facebook. Zu den Forderungen des Streiks gehört: Die Annullierung der gesamten Wahlen (wegen Wahlbetrug, illegaler Parteienfinanzierung, Immunität und den mutmasslich kriminellen verbliebenen PräsidentschaftskandidatInnen) und Neuwahlen, die Aussetzung des Abkommens über Migration mit den USA (s.o.), die Beendigung der Kriminalisierung des indigenen Widerstands und Untersuchungen der Morde und Verhaftungen von Aktiven, die Beendigung der Privatisierung, z.B. der Energieversorgung (*und aktuell von Teilen der USAC, wo DozentInnen und Studierende ebenfalls im Widerstand sind, s. [Weiter heisst es: „Wir werden nicht weitere vier Jahre warten: wir wollen diese MörderInnen, die an der Macht sind, diese Korrupten, ZynikerInnen, Unfähigen und RäuberInnen aus ihrem bösen Spiel ziehen. Wir leben in einem Fallen State, jeder einzelne Tag bringt uns den Tod. Um das Leben zu verteidigen, beteilige ich mich am Streik. Wir streiken für die Kinder, die sterben, wenn sie die Grenze übertreten, die in ihren Hütten an Hunger sterben. Wir streiken, weil es keine Arbeit gibt, wegen der Gewalt überall und der Ausbeutung ohne Rücksicht auf die Natur. Wir streiken, weil das Wahlsystem ein einziger Betrug ist. Wir streiken, weil wir ein Guatemala erträumen, in denen das Volk zählt, wir streiken, um uns weiter zu bewegen. Wählt die Würde, heute und immerdar!“](http://www.prensacomunitaria.org/estudiantes-logran-frenar-convenio-entre-murphy-paiz-y-la-camara-de-la-industria, d.Red.</i>).</p></div><div data-bbox=)*

Während die allgemeine Presse nichts zur Anzahl der TeilnehmerInnen geschrieben hat, spricht Prensa Comunitario von Tausenden im ganzen Land. Die Fotos, die von verschiedenen Orten auf deren Facebook-Seiten gezeigt werden, lassen jedoch jeweils keine wahnsinnig grosse Beteiligung erkennen (ein paar Hundert vielleicht).

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel

c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnement: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6